

---

# Der lange Arm der Geschichte

## *Die Wurzeln des Konflikts in der Ukraine liegen weit zurück*

**ANTONIO MOSCATO**

Es geschieht nicht selten, dass unter den Gründen für einen aktuellen Konflikt auch alte historische Ereignisse aufgeführt und zu Mythen umgearbeitet werden, um ein günstiges Klima für Krieg zu schaffen und die wirklichen Gründe für ihn zu verbergen. Der jüngste und bekannteste Fall ist der Kosovo. Diesen stellte die Akademie der Wissenschaften in Belgrad als ein ausschließlich serbisches Territorium dar, das nur wegen eines im fernen Jahr 1389 begangenen Verrats perfider, mit dem Sultan verbündeter, Albaner verloren wurde. Vergeblich weist man daraufhin, dass es damals noch kein serbisches oder albanisches Nationalbewusstsein gab und dass auf beiden Seiten sowohl Albaner als auch Serben kämpften, je nach Parteinahme ihrer jeweiligen Feudalherren. Vergeblich, weil der mit solchen Legenden künstlich genährte Konflikt ohnehin ausbricht und latent fortbesteht, wie zuletzt die Ereignisse im Zusammenhang mit einem Fußballspiel in Belgrad gezeigt haben.

### **Der mythische Ursprung Russlands**

Auch über die Ukraine werden die verschiedensten Interpretationen verbreitet. Eine russisch-nationalistische Strömung hat immer behauptet und behauptet weiterhin, die Ukraine sei stets ein integraler Bestandteil Russlands («Kleinrussland») gewesen, sie stützt sich dabei auf die Bezeichnung Rus, die seit dem 9. Jahrhundert im Gebrauch ist und ein ausgedehntes Territorium bezeichnet, das von einer Waräger-Dynastie (von Wikingern) vorübergehend vereint wurde. Aber die Sprache, die dort überwiegend gesprochen wurde, war ein Altslawisch, aus dem sich nach und nach sowohl das Russische wie das Ukrainische und Weißrussische entwickelten. Die Hauptstadt war seit 988 Kiew, auf der Route zwischen dem warägischen Norden und Konstantinopel gelegen und bedeutender Bezugspunkt seit der Annahme des Christentums. Moskau gab es noch gar nicht (es wird 1147 zum erstenmal erwähnt). Im Verlauf der folgenden zwei Jahrhunderte beseitigten die Einfälle der Mongolen und Tataren den Kiewer Staat und unterwarfen das Fürstentum von Susdal, in dem Moskau seinen Aufstieg begann, während ein Teil der heutigen Ukraine Polen und Litauen um Hilfe ersuchte und sich damit der römischen Kirche zuwandte. Lange Zeit vor dem Konzil von Brzesc (Brest-Litowsk) 1596, das die unierte (griechisch-katholische) Kirche schuf, wurde die Kirchenhierarchie der West-Ukraine vom Moskauer Patriarchat selbständig. Die Ost-Ukraine und Kiew weigerten sich jedoch, der neuen Kirche beizutreten, da sie ihnen als Werkzeug Polens erschien. Die Religionsfrage wurde in der Folge zu einem ständigen Element der Auseinandersetzung.

Zur selben Zeit hatten die Kosaken – ursprünglich freie Bauern, die vor den Feudal-

herren geflohen waren und sich als Jäger oder Briganten in Grenzgebieten niedergelassen hatten – in den östlichen Gebieten links des Dnepr eine autonome Struktur (Saporoshsckaja Setsch) errichtet, das die höchst fruchtbaren Gebiete gegen das Tataren-Khanat auf der Krim verteidigte und zugleich mit polnischen und litauischen Feudalherren zusammenstieß, die diese bewaffneten Banden nicht tolerierten, da sie ihren Bauern, die auf der Flucht waren oder rebellierten, Schutz anboten. Die Konflikte waren auch religiös motiviert, durch die Konfrontation sowohl mit den islamischen Tataren als auch mit den katholischen polnischen Feudalherren.

Im Verlauf des 17. Jahrhunderts verschärften sich die Konflikte. Dabei waren häufig auch die Juden hart betroffen, die verhasst waren, weil sie als Steuereintreiber und Wodkaverkäufer für die polnischen oder litauischen Grundherren tätig waren. Im Jahr 1648 führte der Kosakenhetman Bogdan Chmelnizki, nachdem er zuvor die Unterstützung des niedergehenden Tataren-Khanats der Krim gesucht hatte, eine große antipolnische Revolte an, die von Pogromen begleitet war. Anschließend ersuchte er um den Schutz des Zaren, der 1654 in einem Vertrag die traditionellen Freiheiten der Kosaken anerkannte. Der Friede von Andrussowo 1667 zwischen Russland und Polen sanktionierte die Spaltung zwischen einer polnischen West-Ukraine und einer russischen Ost-Ukraine mit dem Dnepr als Grenze. Sie hatte Bestand bis zur zweiten Teilung Polens 1793, durch die weitere Teile der heutigen Ukraine unter russische Herrschaft gelangten.

Aber schon im Verlauf des gesamten 18. Jahrhunderts verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Kosaken und Moskau zunehmend: 1708 verbündete sich der Hetman Iwan Maseppa mit dem schwedischen König Karl XII. gegen Zar Peter den Großen, doch der russische Sieg über die Schweden in Poltawa im Juli 1709 bedeutete das Ende der kosakischen Hoffnungen. 1764 setzte Katherina die Große den letzten Hetman von Saporoshe ab, und wenige Jahre später – nach der Niederlage der Revolte des Don-Kosaken Pugatschow – wurden die letzten Reste der Freiheiten der Kosaken beseitigt.

## Ein Produkt der polnischen Teilungen

Bereits mit der ersten Teilung Polens 1772 fiel Galizien – eine multiethnische Region mit stark ukrainischem Bestandteil – an Österreich. Nach einer anfangs sehr repressiven Phase erhielt Galizien mit der Reform von 1867 weitgehende Autonomie. Die Universität Lemberg (ukrainisch Lwiw, russisch Lwow, jiddisch Lwuw) wurde zu einem kulturellen Bezugspunkt auch für die ukrainische Bevölkerung, die zu Russland gehörte, denn hier wurden im Rahmen einer Russifizierungspolitik, die nicht nur die Ukraine betraf, dem Gebrauch der Nationalsprache viele Hindernisse in den Weg legte, selbst in der ersten ostukrainischen Universität, die 1808 in Charkow errichtet wurde.

Trotzdem wurden Zeitschriften und Geheimgesellschaften gegründet und Übersetzungen russischer und europäischer Klassiker auf ukrainisch verbreitet, ohne dass der Ukas von Ems 1876, der Druckwerke in ukrainischer Sprache verbot, das gewünschte Resultat erreicht hätte. Es war Galizien, das die Führung der nationalen Bewegung übernahm, mit einem Verlag, der der Schewtschenko-Gesellschaft verbunden war und dafür sorgte, dass verbotene Bücher gedruckt wurden und leicht auf russisches Territorium gelangten. Um ihren Patriotismus zu unterstreichen, trugen junge Menschen in Lemberg

Kosakentracht (die in Galizien gänzlich unbekannt war) und engagierten sich in diversen Vereinen, die sich 1890 zur Ruthenischen Nationaldemokratischen Partei zusammenschlossen. Einige politische Emigranten in der Schweiz druckten in Genf eine nationalistische Zeitschrift, die in beiden Teilen der Ukraine im Untergrund verbreitet wurde und deren Name *Hromada* die Bezeichnung für die alte ukrainische Bauerngemeinschaft war.

In diesen Jahren bildete sich ein ukrainisches Nationalbewusstsein heraus, das von St. Petersburg und Wien Autonomie forderte und sehr bald mit dem Erwachen eines polnischen Nationalbewusstseins kollidierte, das Lemberg als integralen Bestandteil der polnischen Nation betrachtete. Einige minoritäre Gruppierungen begannen nun aber die totale Unabhängigkeit aller ukrainischen Gebiete zu fordern, «von den Karpaten bis zum Kaukasus».

## Die Revolution von 1905

Einen qualitativen Sprung brachten die Unruhen im Vorfeld der russischen Revolution von 1905: Zwischen 1900 und 1903 entwickeln die Studenten in Kiew eine zunehmende Agitation gegen die autoritäre zaristische Herrschaft, starke Unruhen gibt es auch auf dem Lande und sogar Streiks, an denen sich hunderttausende Arbeiter in Kiew, Odessa, Nikolajew, Jekaterinoslaw usw. beteiligen. Die Agitation verbindet sich mit der in anderen Teilen des Imperiums und hat nicht generell einen national-ukrainischen Charakter. Andererseits ist die ukrainische Volksbewegung nur ein Aspekt der russischen Volksbewegung, der revolutionäre Sozialismus in der Ukraine ist eng mit dem russischen verbunden, der erste marxistische Zirkel wird 1897 in Jekaterinoslaw von einem Mitarbeiter Lenins, Iwan Babuschkin, gegründet, der aus der Hauptstadt kommt und in Jekaterinoslaw in der Verbannung lebt.

Es nehmen auch nationalistische Initiativen zu, die sich als kulturelle ausgeben: So wird 1903 in Poltawa ein Monument für Iwan Kotljarewski errichtet, der 1798 ein halbkomisches Heldenepos, die *Äneis – eine Travestie* verfasst hatte, die zum Ausgangspunkt der modernen Literatur in ukrainischer Sprache wird. Es erregt Aufsehen, dass bei der Einweihung des Denkmals nur die Redner aus Galizien oder der Bukowina ukrainisch sprechen können, während die Einheimischen und die aus anderen Teilen des Zarenreichs Gekommenen sich des Russischen bedienen müssen.

Die Revolution von 1905 findet direkt auch in der Ukraine statt: Es sei nur an die allseits bekannte Episode des Panzerkreuzers *Potjomkin* mit der berühmten Freitreppe von Odessa erinnert. Aber überall in der Ukraine finden Arbeiterstreiks und Bauernerhebungen statt, die jedoch keinen spezifisch nationalen Charakter haben. Die dadurch erkämpfte relative Freiheit schafft ein Bewusstsein der Existenz einer ukrainischen Frage – dank der Möglichkeit, in der Duma zu reden: In die erste Duma werden 98 ukrainische Abgeordnete gewählt, von denen 40 einen «ukrainischen Block» bilden. Zu diesen gehört der Historiker Michailo Hruschewski, Professor an der Universität Kiew, der jahrelang als Emigrant in Lemberg gelebt hat. Er gibt in St. Petersburg eine Zeitung heraus, die (in russischer Sprache) den Standpunkt des ukrainischen Nationalismus vertritt, *Ukrainski Westnik*. Mittlerweile erscheinen aber auch in Kiew und Odessa die ersten unzensurierten

Zeitungen, die Werke des Nationaldichters Schewtschenko werden gedruckt. Hruschewski beginnt schon 1907 an der Universität Odessa mit Vorlesungen in ukrainischer Sprache. Der Ukas von Ems wird nicht formell aufgehoben, aber die Kaiserliche Akademie erkennt im Februar 1906 an, dass das Ukrainische kein russischer Dialekt, sondern eine eigenständige Sprache ist.

In der zweiten Duma hat der ukrainische Block 47 Abgeordnete, doch wird sie von Stolypin, ebenso wie die erste, nach wenigen Monaten wieder aufgelöst, da sie unregierbar ist. Der ukrainische Block in der Duma publiziert in der Zeit eine eigene Zeitung in ukrainischer Sprache, *Ridna Sprawa*, die die Autonomie innerhalb des Reiches forderte. Die dritte Duma hingegen ist stark vom neuen Zensuswahlrecht geprägt.

Die herrschenden Klassen haben jedoch die Gefahr gespürt und beschränken sich nicht auf die Repression, sondern verstärken den großrussischen Nationalismus – in einem Klima der Unsicherheit und Angst vor einem möglichen Krieg. Russland, erschöpft von einer demütigenden Niederlage im russisch-japanischen Krieg und alarmiert vom Ausbruch der Revolution von 1905, zielt auf eine beschleunigte Wiederbewaffnung, gestützt auf großzügige französische Kredite. Die Freiheiten, die sich die Ukrainer und andere Nationalitäten erkämpft hatten, werden rasch ausgehöhlt. 1910 ist nur noch eine der zahlreichen Zeitungen in ukrainischer Sprache übrig, *Rada*, – kaum toleriert und oft zensiert – und Stolypin prangert vor der gezähmten Duma den ukrainischen Separatismus an.

Der Gebrauch der ukrainischen Sprache wird erneut auch an den Universitäten behindert, die Verlagshäuser werden geschlossen und die Parteien gezwungen, ihre Organe in Lemberg und anderen Städten Galiziens zu veröffentlichen, um sie dann heimlich ins Reich zu schaffen. Natürlich wird dies als «Beweis» für die österreichische Herkunft des ukrainischen Nationalismus gewertet. Zugleich wird das Land von einer großen Anzahl regierungstreuer Publikationen überschwemmt, die von Organisationen wie der «Union des russischen Volkes» und der «Union des Erzengels Michael» verbreitet werden.

Zum hundertsten Jahrestag der Geburt des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko sind 1914 Feierlichkeiten vorgesehen, die jedoch behindert oder verboten werden; eine hysterische Kampagne präsentiert Schewtschenko als Separatisten und Gotteslästerer (dazu gibt es sogar eine Erklärung des Heiligen Synods!). Dennoch finden halbklandestin in allen größeren Städten und sogar auf dem Land Feierlichkeiten statt.

Mit dem Krieg verschärft sich die Repression bedeutend, sowohl in dem Teil der Ukraine, der zu Russland gehört – Zirkel werden geschlossen und Intellektuelle wie der Historiker Hruschewski deportiert – als auch in Galizien, das in der ersten Phase der russischen Offensive besetzt worden war.

Im Verlauf der Besetzung Galiziens und Polens 1914–1915 deportieren die russischen Militärbehörden hunderttausende «verdächtige» Personen, nicht nur deutschsprachige, sondern auch ukrainische Intellektuelle (einschließlich Frauen und Kinder), die automatisch als österreichische und deutsche Agenten betrachtet werden. Von der Repression betroffen sind auch viele Juden, die allein deshalb als potenzielle Kollaborateure der Achsenmächte gelten, weil sie Jiddisch sprechen, was den fleißigen zaristischen Polizisten ein «deutscher Dialekt» scheint. Und dies, obwohl in den meisten Synagogen des russischen Reichs für den Sieg Russlands gebetet wird. In Wirklichkeit teilen sich die bürger-

lichen Strömungen der ukrainischen Nationalbewegung ziemlich gleichmäßig auf zwischen solchen, die auf die österreichische Unterstützung setzen, und solchen, die meinen, sich von Russland unabhängig machen zu können. Dies wirkt auch noch nach der Unabhängigkeitserklärung der Rada («Rat») am 23. Juni 1917 nach: Die Rada stützt sich ungeniert auf die Achsenmächte, womit sie die Existenz der jungen Sowjetrepublik gefährdet, die zu ihrem Schaden anfangs fast ausschließlich russisch ist und daher für die Kriegsverbrechen der Zivilbevölkerung in den Grenzgebieten mitverantwortlich gemacht wird. In Wirklichkeit hatten nahezu alle Kriegsparteien, einschließlich der Italiener, solche Verbrechen begangen. Die Italiener hatten in den ersten Tagen nach ihrem Kriegseintritt im Mai 1915 trotz günstiger Kräfteverhältnisse ihren Vormarsch verlangsamt, um slowenisch sprechende Priester und Lehrer zu internieren, die pauschal als Kollaborateure der Österreicher betrachtet wurden. Immerhin hat die russische Armee im ersten Kriegsjahr etwa eine Million Menschen deportiert, wenn das auch nicht vergleichbar ist mit dem Völkermord an den Armeniern seitens der Türkei. Vor allem in Galizien und in anderen besetzten westlichen Regionen der Ukraine hinterließen die Pogrome während der Besatzung tiefe antirussische Ressentiments, die später mehrfach neu entfacht wurden.

## Das Recht auf Selbstbestimmung

Das antiukrainische Vorurteil wurde in jedem Fall durch die Tatsache erleichtert, dass kleine Gruppen von Exilanten aus der östlichen Ukraine als Freiwillige die 250 000 galizischen Soldaten unterstützten, die zum Heer Österreich-Ungarns gehörten. Sie brachten damit die im Zarenreich geliebten Anführer der nationalen Bewegung in Schwierigkeiten: diese beteuerten ihre Treue zu Petrograd und traten für einen föderalen russischen Staat ein, der sie jedoch als feindliche Agenten verdächtigte, obwohl im zaristischen Heer dreieinhalb Millionen Ukrainer kämpften. Zudem stießen die ukrainischen Freiwilligenverbände 1918 in Galizien vor allem mit den Polen zusammen, deren Gewicht im Gefolge der Deportationen von Deutschen und Juden gestiegen war.

Eine indirekte Konsequenz dieses Klimas war, dass im Großen Krieg die Verteidigung der Rechte der Ukrainer in der russischen politischen Debatte zum Synonym für Defätismus und Kollaboration mit dem Feind wurde. Deshalb hatten in der Phase der Zersetzung des Zarenreichs unter dem Druck der Revolution nur die Bolschewiki den Mut, das Recht auf Selbstbestimmung der Ukraine und der anderen Nationalitäten, die zwangsweise Teil des Zarenreichs waren, zu verteidigen.

Schon 1914 unterstrich Lenin, Marx und Engels zitierend: «Ein Volk, das andre unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.» Obschon er sich noch für den Zentralismus aussprach, «gegen das kleinbürgerliche Ideal föderativer Beziehungen», zog er den Schluss, dass es «nicht unsere Sache (ist) ... den Romanow ... bei der Erdrosselung der Ukraine usw. zu helfen». Seine Schlussfolgerung: «Wenn die Geschichte die Frage zugunsten des großrussischen Großmachtkapitalismus entscheiden wird, so folgt daraus zweitens, daß die *sozialistische* Rolle des großrussischen Proletariats, als der Haupttriebkraft der kommunistischen Revolution, die der Kapitalismus erzeugt, um so größer sein wird. Für die Revolution des Proletariats bedarf es aber einer langwierigen Erziehung der

Arbeiter im Geiste der *vollsten* nationalen Gleichheit und Brüderlichkeit. Also ist gerade vom Standpunkt der Interessen des großrussischen Proletariats eine langwierige Erziehung der Massen im Sinne des entschlossensten, konsequentesten, kühnsten und revolutionärsten Eintretens für die volle Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht aller von den Großrussen unterdrückten Nationen erforderlich.» (W. I. Lenin, *Werke* [LW], Berlin 1955ff., Bd. 21, S. 93–95.)

Zurück in Russland, kehrte Lenin im Juni 1917 auf das Argument zurück, indem er eine von der Ukrainischen Zentralrada erlassene und vom Gesamtkrainischen Armeekongress angenommene «Universalakte» kommentierte, die für das ukrainische Volk das Recht forderte, «in seinem Lande sein Leben selbst zu gestalten», auch wenn sie noch akzeptierte, dass die Rahmengesetze von einem gesamtrussischen Parlament kommen sollten:

«Es kann auch kein Demokrat das *Recht* der Ukraine auf freie Lostrennung von Rußland bestreiten: Allein die vorbehaltlose Anerkennung dieses Rechts schafft erst die Möglichkeit, für den freien Bund der Ukrainer und Großrussen, für die *freiwillige* Vereinigung der beiden Völker zu einem Staat zu agitieren. Allein die vorbehaltlose Anerkennung dieses Rechts, kann ... endgültig mit der verfluchten zaristischen Vergangenheit brechen, die *alles* getan hat, um die ihrer Sprache, ihrem Wohnsitz, ihrem Charakter und ihrer Geschichte nach so nahe verwandten Völker *einander zu entfremden*. Der verfluchte Zarismus machte die Großrussen zu Henkern des ukrainischen Volkes und nährte in diesem Volk mit allen Mitteln den Haß gegen diejenigen, die selbst den ukrainischen Kindern verboten, ihre Muttersprache zu sprechen, in ihrer Muttersprache zu lernen.» Lenin fährt fort, indem er betont, dass die «revolutionäre Demokratie Rußlands» mit dieser Vergangenheit brechen muss und dies nicht tun kann «ohne die vollständige Anerkennung der Rechte der Ukraine, auch des *Rechts* auf freie Lostrennung». «Wir sind keine Anhänger der Kleinstaaterie. Wir sind für das engste Bündnis der Arbeiter aller Länder gegen die Kapitalisten der «eigenen» sowie aller Länder überhaupt. Aber gerade damit dieses Bündnis ein freiwilliges sei, tritt der russische Arbeiter, ohne auch nur einen Augenblick lang der russischen oder der ukrainischen Bourgeoisie das geringste Vertrauen zu schenken, jetzt für das Recht der Ukraine auf Lostrennung ein, wobei er ihnen seine Freundschaft *nicht aufzwingt*, sondern *diese Freundschaft dadurch erringt*, daß er sie als Gleichberechtigte, als Bundesgenossen und Brüder im Kampf für den Sozialismus behandelt.» (LW, Bd. 25, S. 81f.)

Zwei Tage später kehrte Lenin in einem flammenden Artikel in der *Prawda* noch einmal auf das Thema zurück, in dem er die «Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki» geißelte, die sich vom konterrevolutionären Geheul der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten beeinflussen ließen, sich weigerten, die Grenzen zur Ukraine anzuerkennen und eine «Garantie der Rechtmäßigkeit» forderten: «Aber das ist doch ausgemachter Schwindel, meine Herren, eine offensichtliche Unverschämtheit der Konterrevolution; ein solches Argument ins Feld führen heißt doch praktisch die wahren Verräter, die Judasse der Revolution unterstützen!! «Garantien der Rechtmäßigkeit» ... man überlege das doch nur eine Sekunde lang. *Nirgends* in Russland, *weder in der Zentralregierung* noch in einer örtlichen Körperschaft ... gibt es eine Garantie der Rechtmäßigkeit, sie ist sogar ganz offenkundig *nicht* vorhanden. Es gibt offenkundig keine «Rechtmäßigkeit» für das

Bestehen der Reichsduma und des Reichsrates. Es gibt ganz offenkundig keine ›Rechtmäßigkeit‹ in der Zusammensetzung der Provisorischen Regierung, denn diese Zusammensetzung ist ein Hohn auf den Willen und das politische Bewußtsein der Mehrheit der Bauern, Arbeiter und Soldaten Rußlands. Es gibt ganz offenkundig keine ›Rechtmäßigkeit‹ in der Zusammensetzung der Sowjets ... denn Garantien für Vollständigkeit und streng demokratische Durchführung der Wahlen haben diese Körperschaften bis jetzt noch nicht geschaffen, was *weder unsere Partei* noch die Masse der Arbeiter und Bauern daran hindert, in ihnen den gegenwärtig *besten* Ausdruck des Willens der Volksmehrheit zu sehen. Nirgends in Rußland gibt es ›Garantien der Rechtmäßigkeit‹ *und kann es auch nicht geben, niemals hat es in revolutionären Zeiten derartige Garantien gegeben*, alle begreifen das, niemand verlangt es anders, und alle sehen ein, daß das unvermeidlich ist. *Nur für die Ukraine fordern* ›wir‹ ›Garantien der Rechtmäßigkeit!‹ (Ebd., S. 90f.)

Es gibt viele weitere Schriften Lenins, die auf das Recht zur Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Lostrennung, pochen und ausdrücklich die Ukraine als erstes Beispiel nennen. In einer Rede auf der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDA-PR(B) im April 1917 hatte Lenin vor allem gegen die dem Recht auf Selbstbestimmung besonders feindlich gesonnenen polnischen Genossen polemisiert und gefragt: «Warum sollen wir Großrussen, die wir mehr Nationen unterdrücken als irgendein anderes Volk, darauf verzichten, das Recht Polens, der Ukraine, Finnlands auf Lostrennung anzuerkennen?» Lenin weiß, dass die Sorge der Polen damit zusammenhängt, dass sie sich von der Mehrheitsströmung des Sozialismus in ihrem Land abgrenzen müssen, die bereit ist, um der Unabhängigkeit willen auch falsche Bündnissen einzugehen. Andererseits bekräftigt Lenin, dass das Ziel letztlich eine Wiedervereinigung in einer demokratischen Föderation ist (er hat nun nicht mehr die anfängliche Abneigung gegen eine föderalistische Lösung). Er polemisiert indirekt gegen Rosa Luxemburg, die im Gefängnis sitzt, als er Felix Dzierzynski, der von «seinem unterdrückten Polen sagt ... daß dort alle Chauvinisten seien», fragt, warum kein Pole etwas darüber sagt, was mit Finnland und der Ukraine werden soll: «Wir debattieren seit 1903 darüber so viel, daß es einem schwerfällt, darüber zu sprechen ... Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, ist ein Annexionist, ein Chauvinist. Wir wollen das brüderliche Bündnis aller Völker. Wenn es eine Ukrainische Republik und eine Russische Republik geben wird, so wird es zwischen ihnen mehr Bindungen, mehr Vertrauen geben. Wenn die Ukrainer sehen, daß wir eine Sowjetrepublik haben, werden sie sich nicht lostrennen, wenn wir aber eine Miljukowrepublik haben werden, werden sie sich lostrennen ... Aber jeder russische Sozialist, der die Freiheit Finnlands und der Ukraine nicht anerkennt, wird zum Chauvinismus herabsinken.» (LW, Bd. 24, S. 290, 293f.)

Ausdrücke wie diese finden sich zuhauf in der gesamten Bandbreite seiner Schriften. Oft geißelt er die Heuchelei der Sozialrevolutionäre, die sich mit Indien und Irland beschäftigen, aber über die Ukraine oder Finnland schweigen, die «unser Indien und Irland sind». Deshalb liegen diejenigen falsch, die das Prinzip der Selbstbestimmung heute mit mehr oder weniger explizit «luxemburgistischen» Argumenten ablehnen und behaupten, Lenin habe von diesem Recht nur aus taktischen Erwägungen, vor der Eroberung der Macht, gesprochen. Sie liegen falsch, weil sie eine Vorstellung von Taktik haben, die nur ein Synonym für Betrug wäre. Aber auch deshalb, weil Lenin, wenn er auch in der dra-

matischen Situation des Bürgerkriegs die Gefahren, die manchen Ereignissen innewohnten, unterschätzte – etwa die Zwangsvereinigung Georgiens, Armeniens und Aserbaidschans zu einer kaukasischen Republik –, sich später dazu in den Schriften, die als sein Testament bezeichnet werden, selbstkritisch äußerte: «Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Russlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird ... Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammten diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.» (LW, Bd. 36, S. 590f.)

Lenins Schrift betont die Rolle dieses Apparats, «den wir als eigenen bezeichnen», aber «der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht überwinden konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch «betätigten» und die Hungersnot bekämpften. Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, dass sich die «Freiheit des Austritts aus der Union», mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloses Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Russlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist.» (Ebd., S. 591.)

Lenins Haltung war geprägt von seiner Reflexion über die georgische Erfahrung, der er seinen «letzten Kampf» widmete, indem er die von Stalin verfolgte georgische Minderheit entschieden unterstützte und dazu – vergeblich – die Unterstützung Trotzki's gesucht hatte. Dabei bezieht sich Lenin zweimal auf Stalin als Dershimorda («Halt-die-Schnauze», der Name eines Polizisten in Gogols *Revisor*). In beiden Fällen ist die Anspielung recht eindeutig. Lenin fragt sich, «ob wir mit genügender Sorgfalt Maßnahmen getroffen haben, um die Nichtrussen tatsächlich vor dem echt russischen Dershimorda zu schützen. Ich glaube wir haben diese Maßnahmen nicht getroffen, obwohl wir sie hätten treffen können und müssen. Mir scheint hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen «Sozialnationalismus» eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel.» (Ebd.)

Einige Seiten weiter erklärt er noch deutlicher, dass der «echt russische» Polizist sehr wohl in Georgien geboren sein kann:

«Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des «Sozialnationalismus» um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter «Sozialnationalist», ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die «gekränkten» nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit...» (Ebd., S. 594.)

Diese Bemerkungen stammen vom 31. Dezember 1922 und beweisen, dass Lenin, der sich mit den wenigen ihm verbliebenen Kräften auf die seiner Meinung nach dramatischsten Probleme des Sowjetstaates konzentrierte, den Respekt für die Rechte der Minderheiten nicht als eine beliebige «Taktik» betrachtete und noch viel weniger das Prinzip der «Freiheit des Austritts aus der Union» zurückwies, von dem er im Gegenteil fürchtete, dass es sich als ein Fetzen Papier herausstellen könnte.

Lenins politisches Testament zeugt im Gegenteil von großer Weitsicht beim Erfassen des Zusammenhangs zwischen der Verletzung der Rechte der nationalen Minderheiten (und mehr noch jener Nationen, die sich freiwillig und auf paritätischer Basis der russischen Sowjetrepublik angeschlossen hatten) und des möglichen Verfalls des gesamten Sowjetstaates.

Aber in den Werken Lenins, eine unerschöpfliche Quelle von Anregungen und un-nachahmlichen Beispielen von Dialektik, finden sich auch viele andere Schriften, die bestätigen, dass die Bemerkungen in seinem Testament nicht Folge eines späten Umdenkens sind. Einige Monate vorher etwa, am 6. Oktober 1922, hatte er eine Notiz an das Politbüro über den Kampf gegen den Großmachtchauvinismus verfasst:

«Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich erst den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen.

Man muß *unbedingt* darauf bestehen, daß im Zentralexekutivkomitee der Union der Reihe nach

ein Russe

ein Ukrainer

ein Georgier usw.

*den Vorsitz führt.*

*Unbedingt!*» (LW, Bd. 33, S. 358.)

## Krieg und Bürgerkrieg

Diese Selbstkritiken und Kampfansagen zeigen nur die Methode Lenins, der persönlich die volle Verantwortung für das Geschehen übernimmt. Sie genügen aber nicht zur Erklärung, warum die Ukraine sich 1918 sofort von Sowjetrussland gelöst hat – trotz Lenins Gewissheit, dass dank gemeinsamer Entscheidungen «es zwischen ihnen mehr Bindungen, mehr Vertrauen geben (wird). Wenn die Ukrainer sehen, daß wir eine Sowjetrepublik haben, werden sie sich nicht lostrennen.»

Warum hat sich diese Prognose nicht bewahrheitet? Das ist vor allem dem Gewicht der ukrainischen Ressentiments wegen der zahlreichen Schikanen, die die ukrainische Bevölkerung in der Zarenzeit erlitten hat, geschuldet – den Deportationen im ersten Kriegsjahr, aber auch den religiösen Verfolgungen, darunter die Inhaftierung des Metropoliten von Lwiw, Chepitzki, ein wiederholter Versuch, die als fremd betrachtete unierte Kirche zu beseitigen und die vom Weg abgekommene Herde wieder in die orthodoxe Kirche zurückzuführen. Diese Schikanen wurden den «Russen» als solchen, die Kommunisten eingeschlossen, angelastet. Aus diesem Grund hat sich die Rada während der schwierigen Verhandlungen von Brest-Litowsk in die Hände des deutschen und österreichisch-unga-

rischen Oberkommandos begeben, nur um später durch einen Marionetten-Hetman der Achsenmächte, Pawlo Skoropadski, ersetzt zu werden.

In den Rekonstruktionen auch heutiger Historiker soll die veränderte Haltung der Sowjetrepublik beweisen, dass die vorherige Anerkennung des Rechts auf Lostrennung nur «taktischer» Natur, d. h. ein Betrug, war. In Wirklichkeit war es sowohl in der Ukraine als auch in Georgien und generell im Kaukasus die Verlängerung des Krieges, die die Bolschewiki dazu trieb, die Rote Armee einzusetzen, um eine Offensive der Achsenmächte aufzuhalten (die im Kaukasus anfänglich auch von den Resten der osmanischen Truppen unterstützt wurden und dann von anderen Anwärtern auf die Aufteilung der Beute ersetzt wurden, darunter Großbritannien und Italien, dem ein Mandat des Völkerbunds über Georgien versprochen war). Es handelte sich nicht um eine Kursänderung, sondern um dramatische Momente in einem Bürgerkriegs, der eben ein wirklicher Krieg ohne Regeln und territoriale Beschränkungen war.

Vor allem war die Konfrontation zwischen der ukrainischen Roten Armee und der Armee der Rada nicht dem Willen geschuldet, das Recht auf Unabhängigkeit zu verweigern, sie war vielmehr eine notwendige Antwort auf die Gefahr des Zusammenschlusses der Truppen des Hetmans Kaledin mit den deutschen Truppen. Auch im Kaukasus führte die Eile, die von den Briten geschürte Konterrevolution zu zerschlagen, die den Sowjet von Baku massakriert hatten, oft zur Vernachlässigung der Form. In der Ukraine wurde die Rote Armee von einem Aufstand der Arbeiter in den Kiewer Betrieben unterstützt, die zum Teil Russen waren, aber nicht als solche, sondern als revolutionäre Arbeiter handelten. Andererseits hatte die Rote Armee 1918 Kommandeure, die verschiedenen Parteien angehörten, und in der Ukraine wurde sie von einem Sozialrevolutionär kommandiert.

Im Verlauf des Jahres 1918 stießen in der Ukraine zwei Armeen und zwei Republiken zusammen, und nicht nur sie: Es gab viele Akteure. Deutschland gewährte der ehemals österreichischen Westukraine die Autonomie und der übrigen Ukraine die Unabhängigkeit, die Franzosen landeten in Odessa und halfen Simon Petljura (Hauptthetman des ukrainischen Heeres und Vorsitzender der Direktoriums der Ukrainischen Nationalrepublik) im Juni 1919, wieder nach Kiew zu kommen. Die Streitkräfte der Entente unterstützten die weißen Generäle Denikin und Koltschak, die aus der Südukraine kommend mit dem aus Estland heranrückenden Judenitsch in Richtung Moskau marschierten. Bald betrat auch Polen den Schauplatz, das nicht nur Galizien beanspruchte, sondern die Wiedererrichtung einer polnisch-litauisch-ukrainischen Föderation anstrebte... Der Kampf wurde noch komplizierter durch die Ungeniertheit, mit der die Bauernarmee von Machno sich wechselweise mit den einen oder den anderen verbündete oder auf eigene Rechnung handelte. Bei alledem ging es nicht mehr um die Diskussion über nationale Rechte, sondern um einen allgemeinen Kampf an vielen Schauplätzen um das Überleben der äußerst zerbrechlichen Sowjetmacht.

Der größte Teil der konservativen Historiker hingegen hat in den letzten Jahrzehnten sehr oft gewöhnliche Kriegshandlungen zum Beweis für den Zynismus und die Prinzipienlosigkeit der Kommunisten genommen. So schreibt zum Beispiel selbst ein ansonsten gut dokumentierter Historiker wie Andrea Graziosi Trotzki die Schaffung von Konzentrationslagern zu – der tatsächlich ein Kriegsgefangenenlager im Juni 1918 errichtet hatte... für die Mitglieder der Tschechoslowakischen Legion, die sich geweigert hatten, die

Waffen niederzulegen und sich auf sowjetischem Territorium aufhielten. Es handelte sich hier um eine Praxis, die in allen Kriegen normal ist; die einzig mögliche Alternative in dieser dramatischen Situation wäre gewesen, keine Gefangenen zu machen!

Ein Beweis dafür, dass die Meinung der Mehrheit der Bolschewiki und insbesondere Lenins sich deswegen nicht geändert hatte, ist seine Haltung gegenüber den militärisch besiegten Kräften in Georgien. Bezeichnend ist der Brief von Lenin an Ordshonikidse am 2. März 1921 nach der Eroberung der Macht durch die georgischen Kommunisten:

«Übermitteln Sie den georgischen Kommunisten und speziell allen Mitgliedern des Georgischen Revolutionskomitees meinen heißen Gruß an Sowjetgeorgien. Besonders bitte ich dieselben, mir mitzuteilen, ob zwischen uns völlige Übereinstimmung in drei Fragen besteht:

Erstens: Sofort müssen die Arbeiter und armen Bauern bewaffnet werden, um eine starke georgische Rote Armee zu schaffen.

Zweitens: Notwendig ist eine besondere Politik der Zugeständnisse gegenüber der georgischen Intelligenz und den Kleinhändlern. Man muß verstehen, daß es nicht nur unzweckmäßig wäre, sie zu nationalisieren, sondern daß man sogar auf gewisse Opfer eingehen muß, um ihre Lage zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu lassen, Kleinhandel zu treiben.

Drittens: Es ist kolossal wichtig, ein annehmbares Kompromiß für einen Block mit Shordanija oder ihm gleichgesinnten georgischen Menschewiki zu suchen, die schon vor dem Aufstand dem Gedanken des Sowjetsystems in Georgien unter bestimmten Bedingungen nicht absolut feindselig gegenüberstanden.

Ich bitte daran zu denken, daß sowohl die inneren als auch die außenpolitischen Verhältnisse Georgiens von den georgischen Kommunisten nicht die Anwendung der russischen Schablone erfordern, sondern die geschickte und geschmeidige Herausbildung einer eigenartigen Taktik, die sich auf größere Zugeständnisse an alle möglichen kleinbürgerlichen Elemente gründet.» (LW, Bd. 32, S. 157f.)

Dieser Brief, aus dem die Sorge um eine möglicherweise zentralistische und repressive großrussische Entwicklung spricht, zeitigte nicht das von Lenin angestrebte Ergebnis – aus vielen Gründen, darunter der Boykott Ordshonikidses, der ein Getreuer Stalins war. In diesem Zusammenhang ist ein Bekenntnis des genannten Noe Shordanija, des ehemaligen menschewistischen Präsidenten der georgischen Republik, aus der Zeit seines Exils in Frankreich interessant. Er schreibt darin, dass «vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen die Bolschewiki den geschichtslosen Völkern Fortschritte machen ließen und sie auf den Weg der Wiedergeburt führten. Zum Beispiel ist die Ukraine unser unseren Augen geschaffen worden.» (Zitiert in Andrea Graziosi, *L'URSS di Lenin e di Stalin*, Bologna 2007, Bd. 1, S. 224.)

Das Zeugnis Shordanijas wird durch eine andere Tatsache bestätigt: die Förderung des verstärkten Gebrauchs und Unterrichts in den Nationalsprachen durch die sowjetische Zentralmacht. Dies führte dazu, dass in einigen turksprachigen Ländern Zentralasiens Sprachen, die bislang nur als Dialekte galten wie das Kasachische, Usbekische und Aserische zu autonomen Sprachen aufgewertet wurden und der traditionelle Gebrauch des Türkischen und Persischen als gemeinsame Literatursprachen und des Arabischen als religiöse Sprache dadurch zurückgedrängt wurde.

Und natürlich wird es durch die sog. «Ukrainisierung» bestätigt, die mindestens ein Jahrzehnt hindurch stattfand, nämlich bis 1932/1933 – ein Datum, das den Beginn einer neuen Phase kennzeichnete, mit entsetzliche Nachwirkungen bis in die Gegenwart.

Die Leugner des Selbstbestimmungsrechts und Verfechter des Zentralismus, die alle Erklärungen Lenins auf «taktische» und propagandistische Erwägungen reduzieren, werden durch die Tatsache widerlegt, dass viele seiner Erklärungen gar nicht sofort veröffentlicht wurden, sondern in Telegrammen und Briefen enthalten waren, die erst nach und nach in die Werkausgaben aufgenommen wurden. Noch bevor er den Kampf in der «georgischen Frage» aufnahm, bombardierte Lenin bspw. die Führer der kaukasischen Republiken mit Telegrammen, die alle in dieselbe Richtung drängten: Rücksicht auf die lokalen Besonderheiten und die lokalen politischen Kräfte; Bildung einer nationalen und autonomen Roten Armee.

Die starrsinnigen Nostalgiker des Stalinismus aber rechtfertigen alle schweren Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts in den Jahrzehnten nach Lenins Tod. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden diese in eine neue Ordnung für Europa gegossen, das nunmehr in Einflusszonen aufgeteilt wurde – sie wurden erst mit Hitler, dann mit Churchill verabredet und hatten u. a. die Vertreibung von Millionen Menschen zur Folge.

## Die Russifizierung

Um die Kohärenz zwischen dem Handeln der Bolschewiki und ihren anfänglichen Vorstellungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker richtig zu beurteilen, muss man jedoch das Ende des russisch-polnischen Krieges in Betracht ziehen, dieser letzten, äußerst gefährlichen Phase des «internationalen Bürgerkriegs», der die Rote Armee und die Sowjetmacht oft gezwungen hat, von ihren Prinzipien abzuweichen. In jener Endphase dieses Krieges treffen wir auf ein klassisches Beispiel: Die Rote Armee, die die polnischen Truppen bis vor die Tore von Warschau vorfolgt, wird als Fortsetzung des historischen Feindes Russland wahrgenommen, der einen anfänglich defensiven Krieg in eine offensichtliche Bedrohung der bloßen Existenz des gerade erst wiedererrichteten polnischen Staates verwandelt. Dabei bezweckte der Feldzug nicht die Wiederherstellung der russische Kontrolle über ehemaligen Besitz, sondern war höchstens als Strafaktion gegen Polen wegen dessen Dienste für den anglo-französischen Imperialismus gedacht. Vor allem wog man sich in der Illusion, auf diese Weise in Polen und vor allem in Deutschland die Revolution auslösen zu können.

Der Irrtum wurde teuer bezahlt, besonders von den polnischen Kommunisten, von denen ein Teil eindeutig für die Ausweitung der russischen Gegenoffensive gewesen war. Aber auch in der Ukraine, deren eigene Grenzen durch diesen Krieg bestimmt wurden. Durch den Frieden zwischen Sowjetrussland und Polen vom März 1921 erhielt Polen große, überwiegend ukrainische Gebiete wie Wolhynien und West-Podolien sowie Galizien. Etwa vier Millionen Ukrainer wurden auf diese Weise polnische Bürger. Österreich-Ungarn musste Transkarpatien an den neu gebildeten tschechoslowakischen Staat abtreten, während die ukrainische Bukowina an Rumänien fiel, den Staat, der dank der Unterstützung durch die Entente am meisten von den Grenzveränderungen profitierte.

Die neue ukrainische Sowjetrepublik protestierte, denn sie war von den Verhandlun-

gen am Ende der unglückliche Episode des russisch-polnischen Krieges ausgeschlossen, und versuchte in der Folge mehrfach, Unruhen in den an Polen abgetretenen Regionen zu unterstützen. Wie den anderen Republiken auch, die sich mit Russland zur UdSSR vereinigten (Weißrussland, Armenien, Aserbaidzhan und Georgien, das aber Zweifel hatte und anfänglich das Föderationsabkommen beanstandete), wurde ihr die Souveränität für die Ressorts Inneres, Justiz, Bildung, Gesundheit, Soziale Sicherung und Landwirtschaft zuerkannt. Außenpolitik, Verteidigung, Post, Telekommunikation und Handel lagen hingegen in der ausschließlichen Kompetenz der Unions-Ministerien, während es für die Ressorts Ökonomie, Arbeit, Finanzen, Ernährung und für die Arbeiter- und Bauerninspektion sowohl Unions-Ministerien als auch solche in jeder einzelnen Republik gab. Die Zweifel Georgiens wurden überwunden, indem vorübergehend eine fragwürdige Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik gebildet wurde, zu der sich Lenin in der Folge selbstkritisch äußerte. Vor allem aber wurde das Recht jeder Republik, aus der Union auszutreten, 1922 ausdrücklich in die Verfassung der UdSSR aufgenommen.

Vor allem die Ukraine schien diese Ordnung zufriedenzustellen, zumindest wegen der Blüte, die das nun als Amtssprache anerkannte Ukrainische erlebte – bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die anderen Sprachen, einschließlich des Russischen. Ein Teil der Intelligenz war jedoch im Bürgerkrieg umgekommen oder nach seinem Ende emigriert. In den großen Städten war der größte Teil der Bürokratie, der Armee und der Arbeiterklasse russisch oder russifiziert. Es wurden sogar Kurse für die Ukrainisierung der russifizierten ukrainischen Arbeiter durchgeführt. Es gab Bestrebungen, die in der Russischen Republik lebenden sieben oder acht Millionen Ukrainer in die Ukraine zurückzuholen, sogar – vergebliche – Vorschläge zur Korrektur der Grenzen.

Wie in der übrigen UdSSR setzte sich auch in der Ukraine im Laufe des Bürgerkriegs faktisch – bevor dies von Rechts wegen der Fall war – die Tendenz zur Einheitspartei durch, dabei wurden jedoch, zumindest in den ersten Jahren, lebendige Debatten nicht eingeschränkt. Beispielsweise appellierte der Parteisekretär Mykola Skrypnyk 1925–1927 an die Kommunistischen Internationale, eine Grenzkorrektur zuzulassen, um etwa eine Million Einwohner der Provinz Woronesh und zwei Millionen, die im Kubangebiet lebten, in die ukrainische Republik zu integrieren, aber er erreichte nur, dass sie größere nationale Autonomierechte erhielten. Skrypnyk prangerte mehrfach den großrussischen Chauvinismus des Apparats an, doch er war isoliert und beging 1933 Selbstmord (die 30er Jahre erlebten eine Welle politischer Selbstmorde, symbolisch eingeleitet durch den von Majakowski).

Der Tod Skrypnyks gab das Signal für eine Offensive, die in kurzer Zeit einen großen Teil der ukrainischen Kader vernichtete, sie wurden des «kleinbürgerlichen Nationalismus» beschuldigt. Auf dem XII. Parteitag 1934 wurde die «Entlarvung» hunderter «Konterrevolutionäre, darunter Mitglieder der Partei» verkündet, sie wurden aus der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften und aus dem Bildungsministerium ausgestoßen. In dem Jahr (das im Dezember in der Ermordung Kirows gipfelte, die den Großen Terror auslöste) wurden viele Institutionen, wie das Institut für die Erforschung der ukrainischen Geschichte und Kultur und das Institut für die ukrainische Enzyklopädie, geschlossen. Die Ukrainisierung wurde beendet, während sich auf dem Lande eine andere

Tragödie abspielte, die nicht nur eine ukrainische Tragödie war, aber als solche im Gedächtnis des Landes fortlebt: die Vernichtung von Millionen Bauern, der *Holodomor*.

Der Begriff tauchte in den letzten Jahren der Existenz der UdSSR auf und bedeutet auf ukrainisch etwa «Hungertod»: Er bezieht sich auf den Tod von Millionen Bauern, vielleicht «nur» dreieinhalb Millionen, nach anderen Quellen viel mehr, bis zum Doppelten. Die ukrainischen Historiker unterscheiden zwischen der gesamtrossischen (von 1931 bis 1933) und der ukrainischen Hungerkatastrophe, die nach dem Herbst 1932 akut wurde, in Folge einer ausdrücklichen Entscheidung Stalins. Sie betrachten die ukrainische Katastrophe als Teil eines bewussten Genozids. In Wirklichkeit hatte nicht nur die Ukraine aufgrund der Zwangskollektivierung einen äußerst hohen Tribut an Menschenleben zu entrichten: Die Tragödie betraf auch große Gebiete Russlands und in größerem Ausmaß noch Kasachstan und andere Territorien im asiatischen Teil der UdSSR. Dort ging sie einher mit Schäden durch erzwungene Sesshaftigkeit und den Nachwirkungen der gewaltsamen «Rückeroberung» in den 20er Jahren, die damals schon den Charakter eines Kolonialkriegs trug.

Zwischen 1933 und 1937 wurden darüber hinaus alle ukrainischen Schulen im Kubangebiet und in der Region Stawropol (autonome ukrainische Territorien in der russischen Republik) geschlossen, anschließend die ukrainischen Schulen in der ukrainischen Republik russifiziert. Die Maßnahme wurde später zurückgenommen, aber in der östlichen Ukraine, wo der Anteil der Russen und Russischsprachigen höher war, wurde sie aufrechterhalten. 1938, nach den Säuberungen, die den Kulturbereich liquidierten, kamen die politischen Kader an der Reihe. Sehr viele wurden zum Tode verurteilt oder töteten sich, wie Ljubtschenko, einer der wichtigsten Parteikader. Die Zahl der Parteimitglieder ging von 453 000 auf 285 000 zurück.

Trotz einer harten Unterdrückung der mit der UdSSR verbundenen ukrainischen nationalistischen Bewegungen durch die polnischen Behörden überlebten die nationalen Ideen in diesem Land und wurden bis 1939 von einem Hass auf Polen geschürt. In dem Jahr verfügte der deutsch-sowjetische Pakt den Anschluss Ostpolens an die UdSSR, die entsprechenden Gebiete wurden der weißrussischen beziehungsweise der ukrainischen Republik zugeschlagen. Dabei kam es zu massiven Deportationen «unzuverlässiger Elemente», die in der Erinnerung der Bewohner dieser Gebiete als ethnische Säuberungen fortleben. In Wirklichkeit wurden nicht nur hunderttausende Polen aus diesen gemischten Zonen deportiert, sondern auch ukrainische und weißrussische Nationalisten sowie Juden und manchmal auch Kommunisten. K. S. Karol hat diese Periode treffend in einem Erinnerungsbuch, *Solik*, beschrieben. Darin stellt er den ideellen Konflikt dar, der in einem jungen Kommunisten entsteht, als er die – gleichermaßen russische wie stalinistische – Repression kennenlernt.

Ohne die Brutalität der russischen Besatzung von 1939 bis 1941 wäre es für Nazi-Deutschland schwierig gewesen, die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung zu gewinnen. Doch war diese Unterstützung weniger stark, als behauptet wird und Hitler erwartet hatte: Nachdem sie in den ersten Tagen die desorientierte und ohne vernünftige Befehle handelnde Rote Armee überrollt hatte, sah sich die Wehrmacht bald nicht nur kommunistischen Partisanen gegenüber, die von den versprengten Resten der regulären Einheiten versorgt wurden, sondern auch polnischen Partisanenverbänden und einer

von Stepan Bandera befehligten ukrainischen Aufstandsarmee. Bandera war kein Sympathisant der Nazis, wie die prorussische Propaganda behauptet, sondern Nationalist. Er berief sich auf die Tradition von Simon Petljura, und wie dieser versuchte er, sich zwischen den beiden Hauptkontrahenten durchzulavieren, ohne Skrupel bei der Suche nach Verbündeten. Für einen Teil der Ukrainer ist er lediglich ein Symbol des Kampfes für nationale Unabhängigkeit.

Die antisowjetischen Gefühle in der Ukraine und anderswo wurden durch viele Faktoren genährt – nicht nur durch die Erinnerung an Repression und Hungersnot mit ihren schrecklichen Folgen, einschließlich Kannibalismus, sondern auch durch die Dominanz der nominell sowjetischen, aber einfach nur als russisch wahrgenommenen Zentralmacht, die gern einen lokalen Führer durch einen russischen Funktionär oder einen mit anderer Nationalität ersetzte ersetzte, der jedenfalls nicht gewählt bzw. von der lokalen Bevölkerung nicht gewünscht war. Die Existenz autonomer Republiken erwies sich damit als eine Fiktion (auch wenn sie von den Vereinten Nationen anerkannt wurden, in denen die Ukraine und Weißrussland sofort Mitglied waren).

Die internen Konflikte der Ukraine sind also nicht einer quasi biologischen antirussischen Neigung eines Teils der Bevölkerung geschuldet, sondern dem schmerzlichen Erbe einer langen und dramatischen Geschichte.

*Antonio Moscato war Professor für die zeitgenössische Geschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung an der Universität Lecce (Apulien). Er ist Mitglied von Sinistra Anticapitalista und betreibt die Webseite <http://antoniomoscato.altervista.org>.*